



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Toman, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Unbefristete Stellen für die Lehrerinnen und Lehrer des Islamischen Religionsunterrichts

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die bisher im Bereich Islamischer Religionsunterricht befristet beschäftigten Lehrkräfte mit sofortiger Wirkung zu entfristen. Liegen die entsprechenden Voraussetzungen vor, sind Verbeamtungen vorzunehmen.

Begründung:

Der Modellversuch Islamischer Unterricht läuft am 31.07.2019 nach über neun Jahren aus. Die Staatsregierung ist bisher zu keinem Ergebnis gekommen, wie das sehr erfolgreiche Modell weitergeführt werden soll. An den Schulen, bei der Elternschaft und selbstverständlich bei den betroffenen Lehrkräften herrscht große Verunsicherung.

Derzeit werden 95 Lehrkräfte für den Islamischen Religionsunterricht eingesetzt. Die Lehrkräfte werden durch die zuständige Regierung ausgewählt. Kriterien sind dabei neben dem Nachweis pädagogisch-didaktischer und fachlicher Kenntnisse die Sicherheit im Umgang mit der deutschen Sprache – der Unterricht wird auf Deutsch erteilt – sowie die Verfassungstreue der Bewerber. Im Schuljahr 2017/2018 wurden an 233 Grundschulen, 115 Mittelschulen, 4 Realschulen, 3 Gymnasien und 2 Berufsschulen insgesamt 16.131 muslimische Schülerinnen und Schüler unterrichtet. 10 Prozent dieser Lehrkräfte sind verbeamtet oder werden unbefristet beschäftigt. 90 Prozent haben lediglich befristete Verträge, was vor dem Hintergrund, dass der Modellversuch nun seit vielen Jahren immer wieder verlängert wird, bereits ein unhaltbarer Zustand für diese Lehrerinnen und Lehrer ist.

Durch die nun von der Staatsregierung herbeigeführte zusätzliche Unsicherheit bezüglich einer Fortführung des Islamischen Religionsunterrichts, besteht die Gefahr, dass gerade die befristet angestellten Lehrkräfte andere Stellenangebote annehmen und ab dem kommenden Schuljahr für die Unterrichtsversorgung nicht mehr zur Verfügung stehen. Dadurch können in Zukunft Schülerinnen und Schüler muslimischen Glaubens kaum noch fundierte Kenntnisse über ihre Religion an bayerischen Schulen erwerben.